GSP.I-01-298

Kapitel 8: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Johannes Mehrer (KV Marburg-Biedenkopf)

Änderungsantrag zu GSP.I-01

Von Zeile 297 bis 298 einfügen:
zu verteidigen und die Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft zu stärken und zu erweitern. Dazu braucht es auch neue Wege und Vorhaben, die sicherstellen, dass Krankheiten Menschen nicht in Armut treiben und ohne Einkommen lassen, wie beispielsweise "social cash transfer-Programme".

Begründung

Durch ein Grundeinkommen (social cash-transfer) in Niedriglohnländern wird Menschen ermöglicht, ihr Leben oberhalb absoluter Armut zu gestalten und Krankenversorgung wahrzunehmen. So fördern Grundeinkommensansätze in Niedriglohnländern eine starke Zivilgesellschaft, die eine Voraussetzung für Frieden und Demokratie darstellen.

Besonders vor dem Hintergrund der Corona-Krise sprachen sich kürzlich hochrangige UN-Beamte (z.B. Kanni Wignaraja, die Vize-Generalsekretärin der Vereinten Nationen) für ein Grundeinkommen im Entwicklungskontext aus (1). Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP, plädiert ebenfalls für ein Grundeinkommen während der anhaltenden Corona-Krise (2). Vor diesem Hintergrund ist es keine Überraschung, dass die Regierung Südafrikas über die Einführung eines Corona-Grundeinkommens nachdenkt (3) und auch die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik sich für die Einführung eines Grundeinkommens während und für die Zeit nach der Corona-Krise stark macht (4).

Wir können uns diesen Stimmen für ein Grundeinkommen (und der empirischen Evidenz dafür (5,6,7)) nicht verschließen, sondern sollten bedingungslose Geldzahlungen in Niedriglohnländern als ein gutes und effizientes Mittel der Armutsbekämpfung fördern.

Transparenzanmerkung: Die vorgeschlagene Formulierung ist aus dem Beschluss der Grünen Bundestagfraktion vom Juni 2020 entnommen.

Quellen:

(1) Kanni Wignaraja, Vize-Generalsekretärin der UN und Balazs Horvath, Chef-Ökonom von UNDP, Asia-Pacific, 2020 https://tinyurl.com/yysvd2s9

(2) UNDP Bericht 2020 https://tinyurl.com/y25f2ayd

(3) Reuters 2020, Regierung Südafrikas könnte bald Grundeinkommen einführen.

Noch im Jahr 2020: https://tinyurl.com/y4yf9kq5

Oder dann im Jahr 2021 https://tinyurl.com/y3y4bwef

(4) UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Economic Commission for Latin America and the Caribbean, ECLAC) https://tinyurl.com/y3hc5vhr

(5) Egger et al., 2020 https://tinyurl.com/y32yeybg

(6) Banerjee 2019 (Wirtschaftsnobelpreisträger 2019) https://tinyurl.com/yyxzjqqm

(7) Gentilini (Hauptverleger) 2019 World Bank report on basic income

Blog Eintrag:

https://tinyurl.com/y3kzrolv

Offizieller Bericht der Weltbank:

https://tinyurl.com/y5p6zdzr

weitere Antragsteller*innen

Baukje Dobberstein (Hannover RV); Ilona Borszik (KV Chemnitz); Sigrid Busch (KV Friesland); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Philipp Sean Giesinger (KV Düsseldorf); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Andrea Hell (KV Stade); Wolfgang Heimann (KV Stormarn); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Gerwin Meinke (KV Waldeck-Frankenberg); Dirk Jahreis (KV Göttingen); Susanne Dirkner (KV Dortmund); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Natalie Pavlovic (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Käthe Hientz (KV Reutlingen); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt)